

Amtliche Bekanntmachung der Stadt Reinbek

Satzungsbeschluss über die zweite vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 22 "Schulstraße/Jahnckeweg" der Stadt Reinbek



Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 24.04.2008 die **zweite vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 22** der Stadt Reinbek für das Gebiet, das wie folgt begrenzt ist:

im Norden:	durch die südliche Straßenbegrenzung der „Nelkenstraße“,
im Osten:	durch die östlichen Grundstücksgrenzen der Flurstücke 376/4 (südlich Nelkenstraße 4), 373, 372/2, 371 sowie die Flurstücke 967 und 458 (Schulstraße 22 - 28 a) der Flur 3 Gemarkung Reinbek,
im Süden:	durch die südliche Grundstücksgrenze des Flurstücks 458 (Schulstraße 22) der Flur 3 Gemarkung Reinbek,
im Westen :	durch die östliche Straßenbegrenzung der „Schulstraße“,

bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), als Satzung beschlossen. Dies wird hiermit bekannt gemacht.

Der Bebauungsplan tritt mit Beginn des 17. Oktober 2008 in Kraft. Alle Interessierten können den Bebauungsplan und die Begründung dazu von diesem Tage an im Bauamt der Stadt Reinbek, Sachgebiet Stadtplanung, Hamburger Straße 5 - 7, 21465 Reinbek, Zimmer 34 während der Öffnungszeiten einsehen und über den Inhalt Auskunft erhalten. Die Berichtigung des Flächennutzungsplanes erfolgt umgehend.

Beachtliche Verletzungen der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 des Baugesetzbuchs (BauGB) bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften sowie der in § 214 Abs. 2 BauGB bezeichneten Vorschriften werden unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Stadt Reinbek geltend gemacht worden sind. Dasselbe gilt für die nach

§ 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtlichen Mängel des Abwägungsvorgangs. Dabei ist der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, darzulegen (§ 215 Abs. 1 BauGB).

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe durch diesen Bebauungsplan in eine bisher zulässige Nutzung und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Unbeachtlich ist ferner eine Verletzung der in § 4 Abs. 3 Gemeindeordnung (GO) bezeichneten landesrechtlichen Formvorschriften über die Ausfertigung und Bekanntmachung der Bebauungsplansatzung sowie eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung der Satzung gegenüber der Stadt Reinbek unter Bezeichnung der verletzten Vorschrift und der Tatsache, die die Verletzung ergibt, geltend gemacht worden ist.

Reinbek, den 09.10.2008 (L.S.)

Bärendorf

Bürgermeister